Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,85 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

# Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 63 | Mittwoch, den 4. März 1931 | Jahrgang 1931

## Tagesfragen.

**Grimmes Stellung zum V. D. A.** Der preußische Kultusminister Grimme hat vor einigen Monaten einen Erlaß herausgegeben, der sich mit dem Eintreten der Schule für den Verein für das Deutschtum im Auslande, abgekürzt V. D. A., befaßt. Dieser Erlaß hat Kopfschütteln und auch erregten Widerspruch gefunden. Im Haushaltsausschuß des Landtages ist nun kürzlich Grimme näher auf ihn eingegangen, und seine Ausführungen werden jetzt im Wortlaut bekannt. Die wichtigsten Stellen der Reden sind folgende:

„Mit den Bestrebungen des V. D. A., unsere Verbundenheit mit dem deutschen Volkstum jenseits der staatlichen Grenzen zu pflegen, und dieses deutsche Auslandsvolkstum kulturell zu fördern und zu schützen, bin ich, wie sich das ja eigentlich von selbst versteht, ohne jeden Vorbehalt und ohne Rückhalt einverstanden. Die Bestrebungen des V. D. A. sind ihrer Natur nach Sache des ganzen Volkes. Ich erkenne auch an dieser Stelle an, daß die Leitung des V. D. A. demgemäß bestrebt ist, die Arbeiten des Vereins zur Angelegenheit des ganzen Volkes zu machen, und wenn hier und da örtliche Stellen der Arbeit des Vereins einen einseitigen Charakter geben, darf das dem Gesamtverein nicht angerechnet werden. Es steht ferner für mich als Pädagogen und als Anhänger eines wirklichen Arbeitsunterrichts außer Frage, daß wertvoller als lehrhafte Vorträge über diese Angelegenheit die aktive Mitarbeit der Schüler selbst an solchen Fragen ist, daß daher die aktive Beteiligung der Jugend an der Arbeit des V. D. A. pädagogisch durchaus ein Positivum darstellt. Aber ebenso entschieden muß ich doch hervorheben, daß Vorbedingung solcher aktiven Mitarbeit die Freiwilligkeit ist. Der Erlaß vom 23. August 1930 sagt deutlich, jedenfalls für jeden, der nicht von vornherein nicht hören will, daß die Arbeit des V. D. A. dankenswert und zu fördern ist, auch im Schulunterricht. Er sagt ferner deutlich, daß an den bestehenden Bestimmungen, die insbesondere unter dem Ministerium Boelitz erlassen worden sind, nicht das geringste geändert wird. Ich habe nicht den ja bekannten Bestrebungen, den V. D. A. wegen — wie gesagt wird — einseitiger politischer Beeinflussung der Schüler zu verbieten, nachgegeben, ihn aus den Schulen zu entfernen, oder selbst frühere Bestimmungen zu seinen Ungunsten abzuändern, sondern — und das wird leicht vergessen — ich habe dafür gesorgt, daß die Gewalt der Schule für den V. D. A. nicht mißbraucht wird oder auch nur der Anschein eines solchen Mißbrauchs erweckt werden kann. Ich meine, das sollten alle diejenigen begrüßen, die, wie ich es tue, die lebendige, freiwillige Mitarbeit der Jugend an der Pflege deutschen Volkstums fördern wollen."

Durch diese Ausführungen werden erfreulicherweise manche Unklarheiten beseitigt. Wenn der Minister die Freiwilligkeit als Bedingung für die aktive Mitarbeit der Jugend im V. D. A. betont, so ist ihm durchaus zuzustimmen. An manchen Schulen geschah tatsächlich in der Arbeit für den V. D. A. des Guten zuviel. Da konnte schon von einer Freiwilligkeit nicht mehr geredet werden, sondern da handelte es sich für Schüler und Schülerinnen so gut wie um Zwang, der auch in Elternkreisen Widerspruch fand.

★

**Der Volkstrauertag.** In den Volkstrauertag am vergangenen Sonntag hat das Verhalten der preußischen Staatsregierung einen bedauerlichen Mißton hineingebracht. Während dieser vom Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge mit starkem Erfolge eingeführte Gedenktag für die Gefallenen im Weltkriege in verschiedenen deutschen Ländern amtliche Beachtung fand, während vor allem der Reichspräsident und die Reichsregierung es für ihre Ehrenpflicht ansahen, an der Gedenkfeier im Reichstag teilzunehmen, während die Reichswehr an dem Tage auf den Dienstgebäuden die Flagge auf Halbmast hißte und vor dem Reichstagsgebäude eine Ehrenkompagnie aufgestellt war, während auch überall sonst in Deutschland und bei den Deutschen im Ausland sinnvolle Gedächtnisfeiern abgehalten wurden, verharrte die preußische Regierung auf dem passiven Standpunkt, den sie bereits beklagenswerterweise im Vorjahre eingenommen hatte. Es war für sie einfach unmöglich, einem Gedenktage Beachtung zu schenken, den ein „privater Verein" eingeführt hat! Man darf nun aber doch wohl hoffen, daß es das letzte Mal gewesen ist, daß solch ein bürokratischer Gesichtspunkt den wenig schönen Zustand rechtfertigen soll, daß es die preußische Regierung sich versagt, irgend etwas zur Erhöhung der Feierlichkeit eines Tages beizutragen, den Reichspräsident und Reichsregierung voll zu würdigen als ihre Pflicht ansehen und der vor allem auch in der Bevölkerung stärksten Anklang gefunden hat. Und darum begrüßen wir es sehr, daß das Reichskabinett den Beschluß gefaßt, die Regelung des Gefallenengedenktages in die Hand zu nehmen. Hoffentlich aber vertagt man diese Angelegenheit nun nicht bis zum nächsten Jahre!

★

**Revolutiönchen im Hitlerlager.** Mit dem Hitlerlager ist in diesem Falle nicht der neue Parteipalast in München gemeint, der von einer besonders zuverlässigen, natürlich militärisch aufgezogenen Palastwache beschützt wird, für die der aus Bolivien zurückgekehrte frühere Hauptmann Röhm, genannt „der Chef des Stabes", eine besondere Dienstordnung höchst persönlich ausgearbeitet hat. Das Revolutiönchen hat sich in Kassel abgespielt. Die Revoluzzer waren SA.- und SS.-Leute. Da man sie zur Zeit für keine Wahlschlacht braucht, konnte man wohl energischer mit ihnen umspringen, als es seinerzeit Göbbels in Berlin mit seinen höheren Sold heischenden Landsknechten vermochte. Alles andere ergibt sich aus folgender vom „Völkischen Beobachter" veröffentlichten Anordnung:

„Folgende Stürme werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst: Sturm 1, 14, Reservesturm, Sturm der SS., alle in Kassel. Grund: Es besteht der dringende Verdacht, daß mehrere SA.- und SS.-Männer gegen die Befehle des obersten SA.-Führers Adolf Hitler gehandelt haben. Die sämtlichen Schuldigen sind augenblicklich aus der Partei auszuschließen. Der Chef des Stabes: gez. Röhm."

Der „Völkische Beobachter" fügt hinzu: „Von allen Parteiblättern nachzudrucken." Wir gehören zwar bekanntermaßen nicht zu den Organen, denen Hitlers „Chef des Stabes" solche Anweisungen geben kann. Aber es ist uns ein Vergnügen, in diesem Falle einmal freiwillig das gleiche zu tun, was die nationalsozialistischen Organe auf Grund des von ihnen verlangten Kadavergehorsams auszuführen haben. Es müßte im übrigen merkwürdig zugehen, wenn man nicht bald intime Einzelheiten von der Kasseler SA.-Revolte erführe.

★

**Keine nationalsozialistischen Mehrheiten.** In unseren gestrigen Bemerkungen über die Kommunalwahlen in Braunschweig ist auf Grund einer fehlerhaften Wolff-Meldung die unrichtige Behauptung unterlaufen, daß von den dreizehn braunschweigischen Landstädten neun eine nationalsozialistische Mehrheit erhalten hätten. Die Sache verhält sich, wie jetzt richtiggestellt wird, so, daß diese neun Städte — Bad Harzburg, Blankenburg, Gandersheim, Helmstedt, Holzminden, Königslutter, Schöppenstedt, Seesen und Wolfenbüttel — zusammen mit den Nationalsozialisten eine bürgerliche Mehrheit bekommen haben, wobei die wohl zutreffende Annahme vorliegt, daß die zwischen den Sozialdemokraten und Nationalsozialisten stehenden Parteien mit den letzteren zusammengehen werden. Städte, deren Kommunalvertretungen eine absolut nationalsozialistische Mehrheit haben, gibt es also in Braunschweig nicht.

# Unbegründetes Krisengerede.

## Das Fehlen der Rechten im Reichstag macht sich zu Ungunsten der Landwirtschaft fühlbar. / Gefrierfleischantrag von Linksmehrheit angenommen. / Panzerkreuzer B und sozialdemokratische Steuerforderungen.

### Brünings Verhandlungen mit den Sozialdemokraten.

Von unserer Berliner Redaktion.

¶ **Berlin**, 3. März. (Drahtb.)

Am Dienstag wurde im Reichstag das Gerücht verbreitet, die politische Lage habe eine sehr scharfe Zuspitzung erfahren. Es wurde sogar davon geredet, daß die Verhandlungen, die seit einigen Tagen zwischen der Reichsregierung und den Sozialdemokraten im Gange seien, zu einer solchen Versteifung geführt hätten, daß an eine Lösung der schwebenden Probleme nicht mehr gedacht werden könne. Das „Berliner Tageblatt" blies dazu noch ins Feuer und verbreitete die Meldung, wegen des Panzerkreuzers B werde die Lage als ziemlich kritisch betrachtet. Dr. Brüning und Groener seien offenbar entschlossen, nicht nachzugeben, sondern eher zurückzutreten.

Selbstverständlich handelt es sich bei all diesen Gerüchten und Meldungen um starke Uebertreibungen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Sozialdemokratie, die doch letzten Endes nicht Regierungs-, sondern eher Oppositionspartei ist, nicht alles unbesehen schluckt, was ihr von der Reichsregierung unterbreitet wird. Wenn auch die Sozialdemokratie über ein anerkennenswertes Maß staatspolitischer Verantwortung verfügt, so kann ihr doch andererseits vom Parteistandpunkt aus nicht zugemutet werden, sich selbst zu zerfleischen im Interesse der Parteien, deren Fraktionen noch immer im parlamentarischen Streik verharren. Wenn jedoch die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Sozialdemokraten auch schwierig sind und einstweilen noch nicht zu einem Abschluß gekommen sind, so braucht dennoch nicht von einer Krise gesprochen zu werden. Die Frage des Gefrierfleisches kann und wird nicht zu einer Fußangel für die Reichsregierung werden, denn es steht heute schon fest, daß der Reichsrat den Gefrierfleischantrag, der heute im Reichstag eine Mehrheit gefunden hat, nicht annehmen wird. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion legt auch viel größeren Wert auf den Etat des Reichswehrministeriums und auf den Etat des Reichsarbeitsministeriums. Es bestehen hier Möglichkeiten zu Kompensationen, durch die den Forderungen der Sozialdemokratie wie auch den Wünschen der Reichsregierung Rechnung getragen werden kann.

Der Standpunkt des Reichswehrministers Groener bezüglich der Frage des Panzerkreuzers B ist bekannt. Es gibt in dieser Beziehung sowohl sachliche Momente, die von ausschlaggebender Bedeutung sind, wie auch gewisse Imponderabilien, deren Erörterung in der Oeffentlichkeit nicht angezeigt erscheint. Diesen Tatsachen werden sich voraussichtlich auch die Sozialdemokraten nicht verschließen. Man kann sogar schon sagen, daß sie die Rate für das Panzerschiff „B" nicht mehr unumwunden ablehnen, da der Kanzler ihnen erklärt hat, daß er unter keinen Umständen darauf verzichten könne, weil sogar schon das Kabinett Müller vor einem Jahr beschlossen habe, daß die Rate in den Etat für 1931 eingesetzt werden solle. Das Kabinett müsse an seinem Standpunkt festhalten.

Die Gegenforderungen, die die Sozialdemokraten darauf gestellt haben, sehen im Augenblick allerdings noch so aus, daß das Kabinett außerstande ist, sie zu akzeptieren. Sie beziehen sich auf Steuerzuschläge für die größeren Einkommen und Vermögen entsprechend den sozialdemokratischen Ausschußanträgen, ferner auf die Einstellung der Lohnabbaupolitik und drittens auf eine Erklärung, daß an dem gegenwärtigen Stand des Sozialversicherungswesens — also auch der Arbeitslosenversicherung — unter keinen Umständen etwas geändert wird.

Mit völlig leeren Händen können die Sozialdemokraten begreiflicherweise schlecht vor ihre Wähler treten. Sie würden da nur den Kommunisten die Hasen in die Küche treiben. Die Sozialdemokraten legen nun genau wie die an der Finanzlage der Kommunen interessierten Vertreter der bürgerlichen Mittelparteien u. a. auch auf die Hilfe, die den Gemeinden zuteil werden soll, großen Wert, weil die Gemeinden durch die Wohlfahrtslasten in große finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Sollte z. B., um nur diesen einen Punkt zu erwähnen, die Reichsregierung bereit sein, den Gemeinden bestimmte Zuschüsse zu bewilligen, so wäre wahrscheinlich der Weg gefunden, auf dem sich Reichsregierung und Sozialdemokratie begegnen können.

Außerdem haben die Sozialdemokraten, wie bereits gesagt, Wünsche steuerpolitischer Art. Sie fordern die Erhöhung der Aufsichtsratstantiemensteuer von 10 auf 20 Prozent und einen 10prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer bei Einkommen über 8000 Mark. Außerdem soll die Freigrenze beim Verbrauch ohne Einkommen von 15 000 auf 8000 Mark herabgesetzt werden.

Um alle diese Fragen drehen sich die Verhandlungen, die am Montag zwischen der Reichsregierung und der Sozialdemokratie begonnen haben. Es wird also wohl gemerkt verhandelt und es ist daher falsch, von einer Versteifung der Lage oder sogar von einer Krisis zu reden. Die Interessen der Sozialdemokratie und der Reichsregierung laufen parallel: Es gilt, durch gegenseitiges Entgegenkommen die Erhaltung der gegenwärtigen parlamentarischen Situation zu garantieren. Aus diesem Grunde darf man getrost der politischen Entwicklung der nächsten Tage entgegensehen.

★

### Die agrarpolitischen Abstimmungen im Reichstag.

× **Berlin**, 3. März.

Der Reichstag hat die Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums unterbrochen, um in seiner Dienstagssitzung die in der vorigen Woche zurückgestellten Abstimmungen zum Haushalt des Reichsernährungsministeriums nachzuholen. Zunächst wurde

**mit 311 gegen 60 Stimmen der kommunistische Mißtrauensantrag gegen Minister Schiele abgelehnt.**

Dagegen haben auch die Sozialdemokraten gestimmt. Bei den weiteren Abstimmungen machte sich wiederholt das Fehlen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten zum Nachteil der Parteien der Rechten fühlbar. So wurde die Ausschußentschließung, die den Gesamtplan für den Zinsverbilligungszuschuß des Reiches auf 10 Jahre ausdehnen will, mit 201 gegen 171 Stimmen abgelehnt und dafür mit der aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehenden Mehrheit eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, die die Ausdehnung von der Prüfung des Einzelfalles abhängig macht. Abgelehnt wurde auch die Ausschußentschließung auf Fortsetzung der Kartoffelflockenstützungsaktion. Vor allem aber wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der praktisch die

**Aufhebung des Brotgesetzes mit dem Beimischungszwang und dem Zwang zum Feilhalten von Roggenbrot in Gaststädten**

bedeutet. Auch die Ausmahlungsquote von Roggenmehl wurde durch den neuen Beschluß von 60 auf 70 erhöht.

Nachdem der Ernährungsetat in zweiter Beratung angenommen war und die zahlreichen Anträge, die sich auf Landarbeiter und Landwirtschaftsfragen beziehen, den zuständigen Ausschüssen überwiesen waren, kam

**die Gefrierfleischfrage**

zur Beratung.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf, der das zollfreie Gefrierfleischkontingent von 50 000 Tonnen jährlich

# Preußen und Reich verhandeln über die Finanznot der Gemeinden.

### Kommt die Entlastung für die Kommunen?

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 3. März. (Drahtb.)

**Zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung haben Verhandlungen über die Maßnahmen zur Beseitigung der Finanznot der Gemeinden stattgefunden. An den Verhandlungen waren u. a. beteiligt Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dietrich, der preußische Ministerpräsident Braun, der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff und der preußische Innenminister Severing beteiligt. Es handelt sich bei diesen Verhandlungen bekanntlich um eine Erleichterung für die Gemeinden durch Uebernahme eines größeren Teils der Wohlfahrtslasten auf Reich und Länder, um die bereits in den Ausschüssen des Staatsrats besprochene Frage, in der sich auch die Organisationen der Städte bereits mit Denkschriften zu Worte gemeldet haben.**

★

### Unerträgliche Wohlfahrtsbelastung der Mittel- und Kleinstädte.

× **Berlin**, 3. März.

Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes stellt unter Hinweis auf die Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen in den mittleren und kleinen Städten, und zwar auf durchschnittlich 19 pro tausend, in einigen Städten sogar auf 50 pro tausend Einwohner, fest, daß das Problem der Entlastung der Gemeinden von den Ausgaben für Wohlfahrtserwerbslose eine wissenschaftliche Behandlung in Gutachterausschüssen nicht mehr verträgt. Er verlange daher dringend eine sofortige praktische Lösung noch vor Beginn des neuen Rechnungsjahres durch ein Reichsgesetz über Beteiligung des Reiches, der Länder, Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbände an den Kosten einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge. Die mißliche Finanzlage der mittleren und kleineren Städte gestatte eine Beteiligung der Bezirksfürsorgeverbände an den Gesamtkosten nur bis zu höchstens 20 v. H. Die unzulänglichen Ausgleichsfonds der Länder bedürften einer ausreichenden Erhöhung.

★

### Der sächsische Ministerpräsident beim Reichskanzler.

× **Berlin**, 3. März.

Ministerpräsident Schieck hat heute dem Reichskanzler die gesamte Notlage Sachsens in einer sehr ausführlichen Besprechung dargelegt und hierbei betont, daß es dringend notwendig sei, alsbald dem Lande die Hilfe des Reiches zuteil werden zu lassen. Hierbei sind insbesondere eingehend die Lage der sächsischen Landwirtschaft und der durch die Wohlfahrtserwerbslosenunterstützungen verursachten Notstand der Gemeinden behandelt worden. Auch hat Ministerpräsident Schieck um Berücksichtigung der Wünsche gebeten, die in der für Freitag angesetzten Besprechung von den sächsischen Wirtschaftsführern unterbreitet werden. Der Reichskanzler erkannte an, daß in Sachsen besondere Verhältnisse vorliegen und sicherte eine Prüfung zu.

Gesuche

**Fräulein**, 30 J., sucht passd. Stellung als
**Haushälterin**
Selbig. war langjährig tätig und ist im Nähen erfahren.
Off. unter E 193 an d. Anz.-Verw. d. Zeno, Münster i. W.

Für meine 19jährige Tochter suche zum 1. 5. oder später Aufnahme in bess. kath. Fam. zur **Ausbildung im Haushalt** b. Fam.-Anschl., schlicht um schlicht oder etwas Taschengeld.
Off. unt. D 189 an d. Anz.-Verw. der Zeno, Münster.

Zur ein Gut von 200 Morgen im Kr. Coesfeld wird zu April eine
**Elevenstelle**
frei. Landwirtssohn bevorzugt. Fam.-Anschl. und Taschengeld wird gewährt.
Off. unt. E 191 an die Anz.-Verw. der Zeno, Münster.

Landwirtst., kath., 24 J. alt, sucht zum 15. 4. oder 1. 5.
**Stelle als Stütze**
bezw. Verwalter in einem landw. Betriebe. Gute Zeugn. vorhand. Vorstellung kann jederzeit erfolgen.
Off. u. R S 83 an die Gesch. der Bulderner Zeitung, Hiddingsel.

**Waise**
20 J., kath., sucht pass. Stellung im Geschäft oder kl. Haushalt bei mäß. Anforderungen. Selb. ist perfekt in allen Kontorarbeiten. Auch kann eine Filiale übernommen werden.
Off. unt. E 192 an die Anz.-Verw. der Zeno, Münster i. Westf.

Suche für meinen Sohn, groß u. kräftig, der die Gesellenprüf. mit Gut bestanden hat, Stellung in Konditorei als
**Volontär.**
H. Wiegel, Münster i. Westf., Graelstraße 24.

**Kath. Köttersohn,**
der von Jugend auf in der Landwirtschaft tätig gewesen ist, sucht sich zum Frühjahr zu verändern, am liebst. als **Pferdeknecht.**
Off. unt. Z K 250 an den Neuen Emsboten, Warendorf i. W.

wieder einführen will, hat im Ausschuß die Mehrheit gefunden, weil die beiden Parteien der äußersten Rechten nicht vertreten waren. Da die Deutschnationalen und Nationalsozialisten auch heute bei der entscheidenden Abstimmung im Plenum fehlten, galt es als sicher, daß der von der Landwirtschaft bekämpfte Gesetzentwurf angenommen werden würde, da die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen über mehr Stimmen verfügen, als die jetzt noch im Reichstag verbliebenen bürgerlichen Parteien.

Reichsernährungsminister Schiele erklärte: Die Fleischproduktion ist größer als vor dem Kriege. Der Bestand an Rindern hat den Vorkriegsstand erreicht, die Zahl der Kühe und Schweine hat ihn sogar beträchtlich überschritten. Die Preise sind ständig weiter zurückgegangen. Die Wiedereinführung eines zollfreien Gefrierfleischkontingents würde für die Landwirtschaft und namentlich für die bäuerliche Viehwirtschaft einen schweren Schlag bedeuten. Die Getreidewirtschaft ist auf eine solide Basis gestellt, in Kürze dürfte die Lage für diesen Zweig der Landwirtschaft nach menschlichem Ermessen bereinigt sein. Nachdem es gelungen ist, schwierige handelspolitische Hemmnisse zu überwinden, betrachtet es die Reichsregierung als ihre vornehmste Pflicht in der Agrarpolitik der Veredelungswirtschaft in unseren bäuerlichen Betrieben in gleicher Weise durch die Staatshilfe beizuspringen, wie es beim Getreidebau geschehen ist. Die Reichsregierung ist auch durchaus bereit, durch Verbilligung von Frischfleisch der größten Not der Minderbemittelten zu steuern, aber ich warne vor einer Sozialpolitik, die die sozialen Nöte des einen Standes beseitigen will, indem sie einen anderen Stand, nämlich das Bauerntum, um so tiefer in das Elend sozialer Not versinken läßt. Am schwersten belastet würden durch die Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents gerade die kleinen Bauern, die gezwungen sind, ihre Rinder auch zu Spanndiensten heranzuziehen. Wir würden auch von dem klaren Wege abweichen, den die Regierung in voller Einmütigkeit und systematisch zu beschreiten begonnen hat und fortzusetzen gewillt ist. Die gesamte Politik der Reichsregierung zielt darauf ab, alle Produktionsmöglichkeiten im eigenen Lande auszuschöpfen unter Verzicht auf entsprechende Einfuhren, um die deutsche Wirtschaft krisenfester zu gestalten. Ich komme bei Abwägung aller Momente zu dem Gesamturteil, daß

**die Annahme des Antrages für die Reichsregierung eine Unmöglichkeit**

darstellt. Ein etwa wieder vollständiger Reichstag würde zweifellos den Beschluß wieder umwerfen. Ich bitte daher auf das dringendste, den Initiativ-Gesetzentwurf der Sozialdemokratie abzulehnen.

Auch noch verschiedene Redner aus dem Hause wenden sich mit gleicher Begründung gegen den Antrag. Bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis im Reichstag war es indessen keine Ueberraschung, als

**der Gesetzentwurf über das zollfreie Gefrierfleischkontingent in namentlicher Abstimmung mit 223 gegen 149 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen wurde.**

Dafür hatten neben den Sozialdemokraten und Kommunisten die meisten Mitglieder der Staatspartei und einige Abgeordnete vom Zentrum gestimmt. Die Gegner des Gefrierfleischkontingents setzen nun ihre Hoffnung darauf, daß der Reichsrat gegen den heutigen Reichstagsbeschluß Einspruch erheben werde.

Auf eine Frage des Präsidenten Löbe erklärten die Kommunisten, trotz der Annahme des Gefrierfleischkontingents müßte noch über die Ausschußentschließung abgestimmt werden, in der verbilligtes Frischfleisch für die ärmere Bevölkerung verlangt wird. Diese Entschließung wurde nunmehr in namentlicher Abstimmung mit 305 gegen 68 Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Am Mittwoch steht auf der Tagesordnung die Weiterberatung des Innenetats.

★

## Die Abgeordneten, die sich der Stimme enthielten.

:: **Berlin**, 3. März.

Bei der Schlußabstimmung über das Gefrierfleischkontingent enthielten sich die beiden Zentrumsabgeordneten Bockius und Dr. Dessauer, sowie die beiden Staatsparteiler Dr. Heuß und Dr. Weber der Stimme.

★

## Die „Millionärsteuer".

⌄ **Berlin**, 3. März.

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen wurden verschiedene sozialdemokratische und kommunistische Anträge behandelt, die u. a. die Besteuerung der Vermögen, Dividenden, Aufsichtsratstantiemen und Einkommen über 50000 Mk. und die Aenderung des Einkommensteuergesetzes verlangen.

Reichsfinanzminister Dietrich führte aus: In der gegenwärtigen Wirtschaftsnot, bei der großen Zahl der Erwerbslosen müsse alles geschehen, um aus dem wirtschaftlichen Elend der Gegenwart herauszukommen. Er habe die Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse, wenn er sich auch von übertriebenem Optimismus frei wisse. Es müsse alles vermieden werden, was auch nur im geringsten geeignet wäre, eine Besserung der Verhältnisse zu verhindern. Die Annahme der Anträge müßte in der weiteren Auswirkung gerade auf diese Entwicklung einen außerordentlich schädigenden Einfluß ausüben. Sie würde insbesondere den Kredit in bedenklicher Weise untergraben. Die geringe Besserung, die in der letzten Zeit an der Börse zu beobachten gewesen sei, würde sofort zum Stillstand kommen, oder gar wieder verschwinden, wenn die Anträge angenommen würden. Man dürfe ihm nicht mit dem Einwand kommen, daß er eine Schonung der Leistungsfähigen im Auge habe. Ihm komme es lediglich auf die Interessen der Gesamtwirtschaft an. Wenn der Leistungsfähige durch weitere steuerliche Belastung veranlaßt würde, seinen Betrieb zu schließen, so sei das in erster Linie für die Allgemeinheit ein großer Schaden. Der Reichsfinanzminister warnte zum Schluß in sehr eindringlicher und ernster Weise vor der Annahme der Anträge. Die Annahme könne nur geeignet sein, die Beunruhigung, die schon etwas langsam im Abebben sei, von neuem wieder auferstehen zu lassen. Die Oeffentlichkeit werde daraus entnehmen, daß nun wieder auf dem Wege, Fehlbeträge durch immer verstärkte Besteuerung des Besitzes und der großen Einkommen zu decken, fortgeschritten werden solle. Auch tributpolitisch werde das allerschädlichste Wirkungen zur Folge haben. Alle Anträge ständen im schärfsten Widerspruch zu der Politik der Reichsregierung, an der sie entschlossen festzuhalten gewillt sei.

Nachdem die Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei erklärt hatten, daß keinerlei Steuererhöhungen für ihre Partei in Frage kämen, wurde die Weiterberatung vertagt, um Donnerstag fortgesetzt zu werden.

## Sanierung der Knappschaft.

### Die Vorschläge des Arbeitsministeriums.

CNB. **Berlin**, 3. März.

Im Reichsarbeitsministerium sind, der „Vossischen Zeitung" zufolge, jetzt mehrere Entwürfe zur Reform der Reichsknappschaftsversicherung fertiggestellt worden. Die Sanierung soll ohne Beitragserhöhung und Kürzung der Leistungen, die das Maß des Tragbaren übersteigen würden, durch Einsparungen an den Stellen durchgeführt werden, an denen Ueberschneidungen mit anderen Versicherungszweigen, in erster Linie der Angestellten- und Invalidenversicherung, bestehen. Das Reichskabinett wird bereits in der nächsten Woche zu den Vorschlägen des Reichsarbeitsministeriums Stellung nehmen.

# Der deutsche Außenminister in Wien.

## Die ersten Besuche und Empfänge.

● **Wien**, 3. März.

Der deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. Pünder (in Vertretung des Reichskanzlers) sind heute vormittag zu ihrem dreitägigen Besuch in Wien eingetroffen. In ihrer Begleitung befinden sich Ministerialdirektor Dr. Ritter, Ministerialdirigent Dr. v. Kaufmann, die Vortragenden Legationsräte Reinebeck und v. Heeren und Oberregierungsrat Planck von der Reichskanzlei, sowie der den deutschen Gästen während des Besuches zugeteilte Legationsrat Seemann. Mit demselben Zuge traf der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Frank, ein. Als Reichsinnenminister Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. Pünder den Wagen verließen, wurden sie von Vizekanzler Außenminister Dr. Schober im Namen der Bundesregierung herzlich begrüßt. Nach gegenseitiger Vorstellung der beiderseitigen Funktionäre begaben sich Reichsaußenminister Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. Pünder, sowie die übrigen Herren der deutschen Delegation ins Hotel „Imperial", in dem sie während der Zeit ihres Aufenthaltes Wohnung genommen haben. Vor dem mit den deutschen und österreichischen Fahnen geschmückten Bahnhof hatte ein zahlreiches Publikum Aufstellung genommen, das die deutschen Gäste sympathisch begrüßte.

Heute mittag empfing Bundespräsident Miklas Reichsaußenminister Dr. Curtius, der in Begleitung des deutschen Gesandten Graf Lerchenfeld-Köfering bei ihm erschienen war. Bei dieser Gelegenheit überreichte der Bundespräsident dem deutschen Reichsaußenminister sein Lichtbild mit Unterschrift und Widmung. Um 1,15 Uhr gaben Bundespräsident Miklas und Gemahlin zu Ehren des deutschen Reichsaußenministers Dr. Curtius ein Frühstück. Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. Pünder machten um 11,30 Uhr bei Bundeskanzler Dr. Ender ihren Besuch. Bei diesem Anlaß drückten sie dem Bundeskanzler neuerlich das Bedauern aus, daß es dem Reichskanzler Dr. Brüning angesichts der wichtigen parlamentarischen Arbeiten, die gerade gegenwärtig ihrer dringenden Erledigung harren, nicht möglich war, auch nur kurze Zeit Berlin zu verlassen, daß aber Reichskanzler Brüning hoffe, daß ihm die österreichische Regierung Gelegenheit geben werde, in Bälde den jetzt verschobenen Besuch nachholen zu können. Nach dem Besuch bei Bundeskanzler Dr. Ender erschienen Außenminister Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. Pünder bei Vizekanzler und Außenminister Dr. Schober. In einer eingehenden Aussprache, der auch die beiderseitigen Gesandten Graf Lerchenfeld und Dr. Frank beiwohnten, wurde zunächst die allgemeine Lage erörtert und anschließend daran die vornehmlich Deutschland und Oesterreich interessierenden Fragen durchgesprochen. Die Besprechung wurde nachmittags fortgesetzt.

Um 3 Uhr nachmittags besuchten Reichsaußenminister Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. Pünder mit den übrigen Herren der deutschen Delegation das Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Sie wurden von Direktor Professor Dr. Bittner empfangen, der in seiner Begrüßungsansprache darauf hinwies, daß Leopold von Ranke das Haus-, Hof- und Staatsarchiv als das für die deutsche Historie wichtigste Archiv bezeichnete. In der Ausstellung des Archivs erweckten die ältesten Urkunden besonderes Interesse, darunter namentlich die Goldene Bulle von 1356, die Lutherischen Thesen von 1517, die Urfehde Franz v. Sickingens, der eigenhändige Bericht Gordons über die Ermordung Wallensteins und die Urkunde des Westfälischen Friedens.

★

## Warum der Reichskanzler nicht mitkam.

○ **Wien**, 3. März.

Die Reichspost bringt eine Erklärung des Staatssekretärs Dr. Pünders, in der es u. a. heißt: Mein hochverehrter Chef, der Herr Reichskanzler Dr. Brüning, hat schon am Sonntag seinem tiefen Bedauern Ausdruck gegeben, daß er auf seinen Besuch in Oesterreich verzichten mußte. Die Stimmen der Enttäuschung über das Fernbleiben von Herrn Reichskanzler Brüning, die ja in Wien bereits zum Ausdruck gekommen sind, sind mir zu verständlich und ich weiß wohl, daß meine Entsendung in keiner Weise als ein Ersatz für den Besuch meines verehrten Chefs angesehen werden kann. Ich darf andererseits auf eines hinweisen: Wenn der deutsche Reichskanzler in einer innerpolitisch so bedeutungsvollen Woche seinen Staatssekretär an dieser Reise teilnehmen ließ, so sollte damit doch eine besondere Note bei dieser Besuchsreise anklingen. In voller Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen, den zu begleiten ich die Ehre habe, soll dadurch geltend gemacht werden, daß bei einem solchen Meinungsaustausch der beiden durch die Einheit des Volkes verbundenen Staaten die gemeinsam zur Erörterung stehenden Fragen nicht allein dem nüchternen Verfahren der Außenpolitik unterliegen. Sie sind gemeinsame Probleme eines brüderlich verbundenen Volkes, die in beiden Staaten zur allgemeinen Politik gehören.

# Deutschland vor der französischen Kammer

## Briand über die Beziehungen zu Italien.

:: **Paris**, 3. März.

In der Kammer, die heute vormittag mit der Diskussion des Budgets des Außenministeriums begonnen hat, beschäftigte sich der kommunistische Abgeordnete Cachin mit der

**Wirtschaftslage in Sowjetrußland.**

Er sprach von einer wirtschaftlichen, militärischen und politischen Einkreisung Sowjetrußlands. Paris sei der Schlupfwinkel der Weißgardisten, die Intrigen gegen die Sowjets schmiedeten. Briand widersprach und erklärte, die französische Regierung wisse nichts von solchen Organisationen, und man könne nicht ernstlich von einer weißen Armee in Paris sprechen, während Rußland doch über das größte Heer der Welt verfüge. Daß in Paris Männer zusammentreffen, die gegen das russische Regime Hintergedanken haben, sei sehr wahrscheinlich, aber es gereiche der Gastfreundschaft Frankreichs zur Ehre, daß man Männer mit allen möglichen Auffassungen treffe.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Grumbach sagte, der Kriegsminister Maginot habe geglaubt, darauf hinweisen zu müssen, daß der Angreifer seine Rüstungen mehr einschränken müsse als die anderen Mächte. Er (Grumbach) sei einer derjenigen, der an eine weitgehende

**Verantwortung Deutschlands am Kriege**

glaube. Er betrachte es aber in Uebereinstimmung mit seiner Partei als einen großen Fehler, diese Auffassung im Versailler Vertrag niedergelegt zu haben. Der Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung liege in den täglichen Protestaktionen Deutschlands. Er sei ferner der Auffassung, daß der Ausdruck „Angreifer" durch den französischen Kriegsminister im Jahre 1931 nicht hätte angewandt werden dürfen, besonders deshalb nicht, weil im Augenblick das republikanische Deutschland scharf gegen das revanchelustige Deutschland Front mache. Der Rüstungsunterschied müsse von Deutschland als der Ausdruck seines Friedenswillens anerkannt werden. Man müsse ihm aber zur gleichen Zeit die Hoffnung lassen, eines Tages

**Rüstungsgleichheit wiederzuerhalten.**

Französischerseits müsse alles getan werden, um die öffentliche Meinung in Deutschland zu beruhigen. Es sei deshalb interessant, zu erfahren, ob Maginot im Namen der französischen Regierung gesprochen habe.

Bei diesen Worten erhob sich Briand, um den Kriegsminister in Schutz zu nehmen: Maginot habe der Konferenz keine Hindernisse in den Weg gelegt. Man dürfe nicht die Auffassung aufkommen lassen, als ob Frankreich nicht von der Aurüstungskonferenz abhänge. Diese sei auf Grund feierlicher Versprechung einberufen und niemals würde Frankreich versuchen, seinen Verpflichtungen aus dem Wege zu gehen. Maginot habe persönlich zur Abrüstungskonferenz beigetragen. Der Kriegsminister habe eine schwere Verantwortung. Er arbeite daran, für die Landesverteidigung unter schwierigsten Bedingungen ein militärisches System einzuführen, das bereits ein Beitrag zum Werk der Abrüstung sei. Zur

**Einigung in der Flottenabrüstungsfrage**

erklärte Briand, die Vertreter Italiens hätten sich sehr entgegenkommend gezeigt. Italien habe alles getan, um zu einem befriedigenden Ergebnis im Interesse des Friedens zu kommen. Die getroffene Einigung stelle nicht den Sieg eines der Unterzeichner dar. Das beste Lob, das man dieser Einigung aussprechen könne, bestehe darin, daß sie keinerlei Gefühle der Bitterkeit zurücklasse. Was die französische Politik gegenüber Italien anbetrifft, so wolle er (Briand) sagen, er habe keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um mit Italien zu einem völligen Einvernehmen zu gelangen, das den Gefühlen des französischen und wohl auch denen des italienischen Volkes entspreche. Zwischen beiden Völkern sei es zu Reibungen gekommen, die vielleicht durch die Hitzigkeit gewisser Polemiken verschlimmert worden seien, die aber niemals im Geiste der Franzosen und der Italiener ernsthaft Hintergedanken hätten aufkommen lassen. Die jetzt abgeschlossenen Verhandlungen in der Seeabrüstungsfrage schaffen eine günstige Atmosphäre für weitere Verhandlungen, um eine vollständige Einigung zwischen beiden Ländern herzustellen, zwischen Völkern, die sich stets geliebt haben und die keinen Augenblick ernstlich voneinander getrennt waren.

Am Schluß der Sitzung kam der Abgeordnete und frühere Finanzminister de Lastayrie auf

**die Deutschland gewährten Bankkredite**

zurück und erklärt, der Außenminister habe beruhigende Erklärungen versprochen, aber es dürfe nicht dazu kommen, daß Deutschland neue Kredite bewilligt werden, ehe der Außenminister sich geäußert habe.

★

## Ein Ausfall gegen deutsche Politiker.

× **Paris**, 3. März.

Im weiteren Verlauf der Debatte über das Budget des Außenministeriums, die heute nachmittag fortgesetzt wurde, erklärte Franklin Bouillon, vor 18 Monaten und vor vier Monaten habe er auf der Kammertribüne die Gefahr einer deutsch-französischen Annäherung gekennzeichnet, die auf einem Mißverständnis aufgebaut sei. Heute sei er gezwungen, dieselben Tatsachen vorzubringen. Er habe bei allen Deutschen drei verschiedene Willensrichtungen vorgefunden. 1. den Willen, den Youngplan zu revidieren, 2. den Willen, aufzurüsten statt abzurüsten und 3. den Willen, die Grenzen des Versailler Vertrages niederzureißen. Als Beweis dieser Behauptungen verlas der Abgeordnete die letzten Reden von Kaas, Reichsaußenminister Dr. Curtius, Dr. Dingeldey und Minister Treviranus. Kaas, so behauptete er weiter, leite die gesamte deutsche Politik und gerade er fordere die Revision des Youngplanes, der, wie er behauptet, Deutschland einseitige Opfer auferlege, gerade als ob sich Frankreich nicht selbst Opfer genug auferlegt habe. Reichsaußenminister Dr. Curtius habe im Reichstage erklärt, daß er sich geweigert habe, jede Garantie für die Erfüllung des Youngplans zu geben. Dingeldey habe Deutschland aufgefordert, den Widerstand vorzubereiten und Minister Treviranus habe gegen den Youngplan dieselbe Sprache geführt, denn er habe erklärt, daß die Reparationsverpflichtungen auf der Lüge von der Kriegsschuld Deutschlands aufgebaut seien. Da der Minister auch gesagt habe, es sei unerläßlich, zu beweisen, daß Deutschland unschuldig sei, so erklärte Franklin Bouillon, müsse man daraus folgern, daß Deutschland nicht nur den Youngplan, sondern den gesamten Plan von Versailles zerreißen wolle.

### Briands Antwort.

Darauf bestieg Außenminister Briand die Tribüne, um auf die Ausführungen Franklin-Bouillons zu antworten. Er erklärte, er habe

**manchmal ein gewagtes Spiel gespielt;**

manchmal Gewalt anwenden müssen, je nach den Bedingungen der internationalen Lage. Die Ergebnisse seiner Politik seien aber derart gewesen, daß er es für notwendig erachtet habe, in seinen Bemühungen fortzufahren. Wenn man an die Kriegsgreuel denke, so sei es ganz selbstverständlich, daß man trotz der zu überwindenden Schwierigkeiten zäh an dem einmal eingeleiteten Versuch zur Befriedung Europas festhalte. Wenn sich dieser Versuch zur Aufrechterhaltung des Friedens, insbesondere auf eine deutsch-französische Annäherung erstrecke, so geschehe das einfach deshalb, weil von den deutsch-französischen Beziehungen

**Leben oder Tod der europäischen Politik abhänge.**

Man dürfe ihn nicht für verrückt halten und glauben machen wollen, daß er sich ohne Ueberlegung in ein Abenteuer stürze. Er habe manchmal über die Schwierigkeiten nachgedacht, insbesondere, als man ihm das Ergebnis der deutschen Wahlen mitgeteilt habe. Aber gerade in diesen Augenblicken, betonte Briand mit erhobener Stimme und unter großem Beifall der Kammer, müsse ein Minister zeigen, daß er Wagemut besitze. Wenn man von den Reden deutscher Minister spreche, so könne er demgegenüber nur feststellen, daß man es diesen Männern gerade als Verdienst anrechnen könne, sich wenigstens in aller Offenheit auszusprechen und ihre wahren Gedanken öffentlich darzulegen. Fest stehe jedenfalls, daß

**ein Fortschritt in der Entwicklung der internationalen Annäherungspolitik**

zu verzeichnen sei. Briand erinnerte in diesem Zusammenhang an die Regelung der Minderheitenfrage und betonte, daß ein Fortschritt schon darin zu erblicken sei, daß ehemals feindlich gesinnte Länder heute überhaupt miteinander verhandelten. Deutschland habe bei mehreren Gelegenheiten das feste Versprechen abgegeben, niemals zu Gewaltmitteln zu greifen. Briand schilderte sodann noch einmal die Vorbereitungen zur Abrüstungskonferenz und erklärte, daß das französisch-italienische Flottenabkommen die Bedeutung dieser Konferenz nicht schmälern werde. Wenn Deutschland sich auf den Standpunkt stelle, daß es das Protokoll der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz zu nichts verpflichte, so stehe doch andererseits fest, daß dieses Protokoll den Rahmen der kommenden Konferenz bilde. Frankreich sei stets den im Artikel 8 übernommenen Verpflichtungen nachgekommen. Wenn

**Deutschland andere Hoffnungen und Wünsche hege,**

so könne er demgegenüber nur antworten, daß bereits im Locarno-Vertrag festgelegt worden sei, daß stets die Möglichkeit bestehe, über zwei gewisse Fragen neu zu verhandeln. Dies bedeute aber noch lange nicht, daß Frankreich in allen diesen Fragen nachgeben werde. Die deutsch-französische Annäherungspolitik müsse fortgesetzt werden, und er werde nie aufhören, Deutschland zuzurufen, acht auf gewisse Hetzreden zu geben. Die moralische Abrüstung sei ebenso notwendig wie die materielle, und Deutschland habe die Pflicht, diese Hetzreden zu verhindern zu suchen. Briand ging sodann noch einmal auf das Flottenabkommen ein und stellt die Uebereinstimmung der französischen und der italienischen Auffassung als einen

**großen Erfolg seiner Politik**

hin. Wenn die Kammer in den nächsten Tagen die Einzelheiten dieses Flottenabkommens erfahren werde, so werde sie sich darüber klar werden, daß keine der beiden Mächte außergewöhnliche Zugeständnisse gemacht habe, die nicht mit der Sicherheit übereinstimmten. Briand schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß er, wenn er auf die Ergebnisse seiner Politik zurückschaue, nichts zu bedauern habe.

Die Erklärungen Briands wurden von der Kammer ohne jeden Zwischenruf aufgenommen. Als er die Tribüne verließ, dankte ihm nicht endenwollender Beifall auf allen Bänken des Hauses.

Es wurde sodann über den ersten Artikel des Haushalts des Außenministeriums abgestimmt, nachdem sämtliche übrigen Artikel bereits in den Vormittagsstunden verabschiedet worden waren. Mit 551 gegen 14 Stimmen wurde dieser Artikel und damit der gesamte Haushaltsplan angenommen. Das Abstimmungsergebnis bedeutet einen großen Erfolg für die Politik des Außenministers.

## Der Justizminister über den Strafvollzug in Stufen.

⊙ **Berlin**, 3. März.

Der Preußische Landtag setzte am Dienstag die allgemeine Aussprache zur zweiten Lesung des Justizhaushalts fort.

Bei der Erörterung des Strafvollzuges erklärte Justizminister Dr. Schmidt, daß man auf Grund der bisherigen günstigen Erfahrungen im Kammergerichtsbezirk daran gehe, den Strafvollzug in Stufen auch auf die anderen Bezirke zu übernehmen. Die Behauptung, als erziehe der neue Strafvollzug zur Heuchelei, sei unrichtig, zumal nur 10 000 von 30 000 Gefangenen für den Stufenvollzug inbetracht kämen. In Stufe zwei oder drei mit den Erleichterungen kämen nur rund 2000 von 30 000 Gefangenen. Auch werde das Schwergewicht nicht auf Vergünstigungen gelegt, sondern auf das Recht der Gefangenen zur Mitarbeit in der Anstalt. Das Schulwesen in den Anstalten solle vor allem durch berufskundlichen Unterricht und Haushaltungsunterricht in Frauenanstalten ausgebaut werden. Für die Erziehungsarbeit im Gefängnis habe auch die Seelsorge eine sehr bedeutungsvolle Aufgabe. Leider seien wegen der Arbeitslosigkeit auch 30 Prozent unserer Gefangenen ohne Beschäftigung. Da aber ein Strafvollzug ohne Arbeit erziehungswidrig sei, würde man u. a. die gärtnerischen und landwirtschaftlichen Betriebe der Anstalten ausbauen. Frau Melis (Dntl.) forderte Beibehaltung des Abschreckungsmittel im Strafvollzug. Abg. Letterhaus (Z.) wünschte, daß die Gefangenen an Arbeit und Ordnung gewöhnt werden. Besonderer Wert sei auf die Seelsorge zu legen, während die Fürsorge für die Entlassenen Aufgabe der karitativen Organisationen sei. Abg. Eichhoff (D. Vp.) verlangte Förderung der Rechtspflege sowie der sozialen Gerichtshilfe und bezeichnete uferlose marxistische oder faschistische Kritik an der Rechtspflege als wertlos.

Am Dienstag werden die Realsteuern in zweiter Lesung behandelt.

## Wechsel im englischen Kabinett.

### Neuer Unterrichtsminister.

:: **London**, 2. März

Der bisherige Generalpostmeister Lee Smith ist zum Nachfolger des Unterrichtsministers Trevelyan ernannt worden, der überraschend zurückgetreten ist. Als Nachfolger Lee Smith's ist der Kanzler des Herzogtums Lancaster, Major C. R. Attlee, auf den Posten des Generalpostmeisters berufen worden.

Trevelyan hat seinen Rücktritt als Unterrichtsminister in einem Brief an den Ministerpräsidenten nicht nur mit dem Schulgesetz, das eine Heraufsetzung des schulpflichtigen Alters auf 15 Jahre vorsieht, sondern auch mit Gegensätzen gegen Snowden und die vom Kabinett verfolgte Politik begründet. Nach der Ablehnung des Schulgesetzes durch das Oberhaus sei es unmöglich, irgendwelche Fortschritte in der Erziehungspolitik der Arbeiterpartei zu machen. Der Schatzkanzler werde „in seiner gegenwärtigen Stimmung" nicht seine Zustimmung zu den neuen Ausgaben geben. Trevelyan fühle seit einiger Zeit, daß er mit den allgemeinen Methoden der Regierungspolitik nicht mehr übereinstimme. Die gegenwärtige Krise verlange großzügige Schritte an Stelle von zwecklosen Sparmaßnahmen. Da ein Teil der sozialistischen Politik nicht die Unterstützung der Liberalen finden werde, werde das Arbeiter-Kabinett wohl nicht mehr lange im Amte bleiben können.

## Endgültige Einigung in der Salzfrage in Indien.

— **Neudelhi**, 3. März.

Wie gemeldet wird, wurde zwischen Ghandi und dem Schatzkanzler George Schuster eine endgültige Einigung in der Frage des Salzmonopols erzielt.

## Großes Schadenfeuer.

+ **Freiburg i. Br.**, 2. März.

Ein großes Feuer richtete in der Nähe von St. Blasien im südlichen Bauabschnitt des Schluchsee-Werkes bei Schwarzabruck erheblichen Schaden an. Im Transformatorenhaus entstand am Sonntag früh ein Brand, der schnell um sich griff. Den Feuerwehren gelang es aber, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Das Transformatorenhaus brannte allerdings völlig nieder, ebenso wurden fünf Baracken ein Raub der Flammen. Ungefähr 200 Arbeiter verloren ihre in den Baracken untergebrachte Habe. Die Bauarbeiten werden durch den Brand nicht unterbrochen.

# Aus der Heimat.

### Städtisches Gymnasium und Realgymnasium.

)!( **Bocholt**, 4. März. Die mündliche Reifeprüfung findet am kommenden Freitag, Samstag und Montag statt. Die Zahl der Neuanmeldungen für die Sexta hat sich auf 68 erhöht.

### Von der Langenbergschule.

:!: **Bocholt**, 4. März. Der Lehrer Heinrich Klüserath wurde endgültig angestellt. Ferner wurde die Versetzung der Lehrerin Maria Feldmann von der Schule Biemenhorst an die Langenbergschule von der Regierung bestätigt.

### Hohes Alter.

= **Bocholt**, 4. März. Gestern wurde Herr Hermann Nienhaus, der sich seit 1922 im Städtischen Armen- und Waisenhaus befindet, 82 Jahre alt. Er erfreut sich noch vorzüglicher körperlicher und geistiger Rüstigkeit und raucht noch alltäglich mit besonderem Vergnügen sein Pfeifchen. Vor einigen Tagen war es ihm vergönnt, Urgroßvater zu werden. Möge ihm weiter ein sorgenloser Lebensabend beschieden sein.

### Steuersprechtag des Finanzamtes.

= **Bocholt**, 4. März. Der nächste Steuersprechtag des Finanzamtes Borken in Bocholt findet am Donnerstag, dem 5. März, im Sitzungszimmer der Stadtverwaltung Bocholt (Eingang Realschulstraße) von 10,30 bis 13 Uhr und von 15 bis 17 Uhr statt. Ein Beamter des Finanzamtes Borken erteilt Auskunft in sämtlichen Reichssteuersachen, auch können dort Anträge in Reichssteuersachen zu Protokoll gegeben werden.

### Berufsberatung im Arbeitsamt.

**l. Bocholt**, 4. März. Im Arbeitsamt Bocholt (Kaiser-Wilhelm-Straße 35, Zimmer 6) finden am heutigen Mittwoch von 10 bis 12 Uhr und von 15 bis 17 Uhr besondere Berufsberatungs-Sprechstunden statt, bei denen ein Fachpsychologe und Berufsberater der Reichsanstalt anwesend sein wird. Alle Eltern und Erziehungsberechtigten werden gebeten, von dieser Gelegenheit zur persönlichen Aussprache zur Berufswahl der Jugendlichen regen Gebrauch zu machen.

### Volks- und Jugendbücherei Liebfrauen.

j. **Bocholt**, 4. März. Alle diejenigen, die noch Bücher der Bibliothek in ihrem Besitze haben, sind dringend um die Rückgabe derselben gebeten, damit die Neuordnung der Bücherei bald erfolgen kann. Durch jede Verzögerung wird auch der Termin der Wiedereröffnung hinausgeschoben. Die Rückgabe kann erfolgen: Donnerstagnachmittag von 4—5 Uhr, abends von 8—9 Uhr, Sonntag von 11—12 Uhr.

### Winterkonzert des M. G. V. „Sängerlust".

)( **Bocholt**, 4. März. Wie bereits bekannt, findet das Konzert am kommenden Sonntag, nachmittags 5,30 Uhr, im Gesellenhause statt. Der Männerchor wird im ersten Teile zwei Konzertgesänge von H. Heinrichs und J. Haas zum Vortrag bringen. Haas, ein Komponist von Format, der nicht bloß für Männerchor, sondern auch für gemischten Chor und Kammermusik Gehaltvolles leistet, wurde bisher hier noch nicht gesungen. Der zweite Teil bringt Heimatlieder. Im dritten Teile werden ältere Volks- und Soldatenlieder im neuesten Gewande dargeboten, darunter ein Kabinettstück für den Tenor — er singt das hohe Cis — und ein Jägerlied mit Trompete. Auf das mitwirkende bekannte Bothe-Quartett kommen wir noch zurück. Karten zu 0,80 RM. sind bei Joh. Valk (Nobelstraße) zu haben.

### „Der Todesweg."

**Theateraufführung der Jünglingssodalität St. Josef.**

:: **Bocholt**, 3. März. Vor ausverkauftem Hause fand am Sonntag die Aufführung des vieraktigen Dramas „Der Todesweg" durch die Theaterabteilung der Jünglingssodalität St. Josef statt. Ueber den Inhalt dieses Stückes berichteten wir an dieser Stelle schon kurz. Die Sowjetunion, in ihrem Bestreben, alles Einzelwertige zu vernichten und dem Moloch Staat einzuverleiben, stößt auf hartnäckigen Widerstand der Bauern, eingewanderter Deutscher, die sich in zähem, jahrhundertelangem Kampfe hier Heimat und Gut erworben hatten und treu dem angestammten Glauben anhingen. Hier stießen zwei Welten zusammen, die keine Brücke verband. Wie der alte Großbauer, Seele des Dorfes und damit des Widerstandes gegen die Sowjets, den Kampf aufnahm und organisierte, trotzdem die neue Zeit mit ihren umstürzlerischen Ideen ihm zwei Söhne entfremdete, wurde meisterhaft dargestellt. Der eine Sohn, aus Idealismus und Jugendbegeisterung Bolschewist, kommt als Abgesandter der Sowjets, um die Kollektivwirtschaft im Heimatdorf einzuführen. Wie den Sohn äußerer und innerer Kampf zermürbt, so daß er irre wird an seinem Ideal, wurde darstellerisch gut gezeigt. Roher Gewalt weichend, beschließen die Bauern auszuwandern in ihre Urheimat Deutschland. Als sie nun die alten sehnsuchtsvollen Heimatlieder, die von jungen Damen stimmungsvoll vorgetragen wurden, hörten, erwuchs ihnen neuer Mut und Lebenswille. Das war ein lebenswarmes Bild des heutigen Rußlands, das uns die Darsteller, mit feinem Verständnis für ihre Rolle, darboten. Die Aufführung gereicht den Darstellern wie dem unermüdlichen Leiter Herrn Lehrer Tekotte zu großer Ehre und zeigt, welche intensive Arbeit von den Jugendführern hier geleistet ist. Leider ist die Bühne eng und primitiv und wäre selbst in Rußland kaum der Kollektive verfallen, so daß bei allzu stürmischen Auseinandersetzungen einer wirklich „hinausfliegen" konnte. Die Gemeinde möge die Arbeit der Jugendführer dadurch unterstützen, daß am Sonntag abermals das Haus ausverkauft ist.

### Unterrichtskursus im Arbeiterheim St. Paulus.

m. **Bocholt**, 4. März. Der nächste Unterrichtsabend ist am Donnerstag 8,15 Uhr. Thema: Die Revolutionierung des Geisteslebens seit der Reformation. Referent: Rektor Dülmer.

*Deutsch das Lied . . .*

# Gau Westmünsterland des Westf. Sängerbundes.

**Die Männergesangvereine des westlichen Münsterlandes schließen sich zusammen.**

sta. **Bocholt**, 4. März.

Zahlreiche Vertreter der Gesangvereine des westlichen Münsterlandes hatten sich am Sonntag im Hotel Filigemann zusammengefunden, um einen neuen Sängergau zu gründen. Wegen der meist ungünstigen Zugverbindungen, zum Teil aber auch wegen der großen Unkosten hatte man bisher die Veranstaltungen der Unterbünde kaum besuchen können, sodaß die freundschaftlichen Beziehungen zu den einzelnen Vereinen nicht so gehegt und gepflegt werden konnten, wie es wohl hätte der Fall sein müssen. Umso erfreulicher ist die Neugründung des Gaues Westmünsterland zu begrüßen, der hoffentlich recht lange blühen und gedeihen wird.

Viele Mitglieder des M. G. V. „Sängerbund" Bocholt hatten sich ebenfalls eingefunden und sangen zur Begrüßung der Gäste unter der bewährten Leitung von Studienrat Fritz Schlüter zunächst den „Westfälischen Sängergruß", sodann „Das Ringlein" von Nagel und „Liebesgedanken" von Trunk.

Sodann führte

**Herr Oberpostsekretär Tenbrock**

etwa folgendes aus:

Als Leiter der Vorarbeiten für die Neugründung heiße ich Sie alle herzlich willkommen. Besonders begrüße ich den Schriftführer des Westfälischen Sängerbundes, Herrn Lehrer Konsek, der es sich trotz ungünstiger Umstände nicht hat nehmen lassen, an unserer Tagung teilzunehmen. Dann gilt der Willkommengruß den Herren Dirigenten und den Sangesbrüdern von Bocholt und der benachbarten Vereine. Ein herzlicher Willkommengruß noch besonders den Delegierten der Gesangvereine, die bisher noch nicht Mitglied des Deutschen bezw. Westf. Sängerbundes sind. Mögen diese Herren von der heutigen Tagung den besten Eindruck mit nach Hause nehmen und in ihren Vereinen kräftige Arbeit für den Anschluß an den Deutschen Sängerbund und zugleich an den neu zu bildenden Gau leisten. Ein herzliches Willkommen auch dem Vertreter des „Bocholter Volksblattes", das bisher immer gern bereit gewesen ist, für die Belange des deutschen Liedes einzutreten.

Die dem Deutschen und somit dem Westfälischen Sängerbund angeschlossenen Vereine Bocholts waren bisher dem Unterbund Lüdinghausen, die Vereine von Borken, Stadtlohn, Vreden usw. dem Unterbund Rheine angeschlossen. Diese Zuteilung war denkbar ungünstig. Ein Blick auf die Karte und ein Studieren der Fahrpläne wird Sie davon überzeugt haben, daß die in Frage kommenden Vereine an den Veranstaltungen der Unterbünde wegen der ungünstigen und meist sehr weiten Entfernungen der Tagungsorte niemals oder doch nur unter Aufwendung großer Kosten für die Hin- und Rückreise teilnehmen konnten. Gelegentlich einer Zusammenkunft von Vorstandsmitgliedern der Bocholter Vereine wurde mir der Auftrag zuteil, mich mit dem Westfälischen Sängerbund wegen dieser ungünstigen Zuteilung ins Benehmen zu setzen. Auch die benachbarten Vereine baten mich, ihre Anliegen ebenfalls zur Sprache zu bringen. Ich habe nun s. Zt. dem Westfälischen Sängerbund unsere allgemeinen Wünsche schriftlich unterbreitet und für unsere Wünsche volles Verständnis gefunden. Es bestanden nun drei Möglichkeiten, die Schwierigkeiten zu lösen:

Zunächst Zuteilung und Anschluß zum Gau Recklinghausen — dem Westischen Gau. Diese Lösung war für uns unannehmbar, weil wir, was Zugverbindungen usw. angeht, hier vom Regen in die Traufe gekommen wären. Dann Anschluß an den Niederrheinischen Sängerbund. Diese Lösung würde für die Bocholter Vereine schon eher eine Lösung gebracht haben. Einer Abtrennung vom Westfälischen Sängerbund und der Zuweisung zum Rheinischen Sängerbund würde der Westfälische Sängerbund vielleicht zugestimmt haben. Im Niederrheinischen Sängerbund hätten wir auch herzliche Aufnahme gefunden. Wir hätten dort zahlende Mitglieder werden können, Sitz und Stimme in den Ausschüssen wären uns aber versagt geblieben. So blieb nur noch die Bildung eines neuen Gaues übrig. Ursprünglich sollte dieser Gau die Landschaften von Bocholt, Borken, Stadtlohn, Vreden, Ahaus, Haltern, Dortmund und Dorsten umfassen. Neben den Bocholter Vereinen haben bis jetzt die Gesangvereine von Borken (Sängervereinigung Borken und der M. G. V. Borken 1860), Sängerlust Stadtlohn, M. G. V. Vreden zu der Gauneugründung ihre Zustimmung gegeben. Es ist zu beachten, daß in Westmünsterland noch recht wenig Vereine dem Deutschen Sängerbund angeschlossen sind. Hier werbend einzusetzen, wird besondere Aufgabe des für den neuen Gau zu wählenden Vorstandes sein.

Nach diesen einleitenden Darlegungen wurden zunächst die anwesenden Vereine sowie deren stimmberechtigte Vertreter festgestellt: M. G. V. „Sängerbund" Bocholt (Sütfels, Langela), M. G. V. Bocholt (Puhe, Müller), Kirchenchor St. Georg Bocholt (Bilding, Kaplan Lehmköster), Gesangabteilung des Kath. Gesellenvereins Bocholt (Busch, Jungblut), Quartettverein Bocholt (Tenbrock, Mülder), M. G. V. „Sängerlust" Bocholt (Wilms, Ehlting), Männerchor „Westfalengruß" Bocholt (Fischer, Vehoff), Männerchor St. Josef Bocholt (Kreilkamp, Holtschlag), Gesangabteilung des Ev. Arbeitervereins Bocholt (Küppers, Matschke), Bürgergesangverein „Sängerlust" Gescher (Terhorst), M. G. V. 1860 Borken (Holtmann, Tohues), Sängervereinigung Borken (Rehms, Kampmann), M. G. V. Gemen (Pöpping, Smets), Sängerlust Raesfeld (Brömmel, Terweide), M. G. V. Anholt (Wolsing, Giesen), Kirchenchor Rhede (Ilting). — Der M. G. V. „Sängerlust" Stadtlohn hatte sich entschuldigt.

Dann ergreift

**Bundesschriftführer Lehrer Konsek**

das Wort. U. a. führte er aus, daß in den deutschen Landen sehr viel gesungen würde und die deutsche Sängerschar unermeßlich groß sei. Mannigfaltig seien Ziel und Zweck. Trotzdem sich die Geister scheiden, wollten sie aber alle die Sangeslust und Sängerliebe pflegen. Schwer sei die Not der Zeit, aber Gott sei Dank sei das deutsche Lied geblieben, das den Sängern über die grauen Tage hinweghelfe. Jazz und Schlag wollten das schöne Lied erdrücken, aber sie allein und auch der Sport füllten nicht das Leben ganz aus. Der Deutsche Sängerbund, der um das Jahr 1860 gegründet sei, hätte sich aus kleinen Anfängen empor gearbeitet und könne heute stolz auf die Zahl von 600 000 Mitgliedern blicken. Er hoffe, daß auch die Behörden in Zukunft den Gesangvereinen mehr Entgegenkommen zeigten. Weiterhin unterstrich der Redner noch die Ausführungen des Herrn Tenbrock und ging nochmals ausführlich auf die Notwendigkeit einer Gau-Neugründung ein, die er mit Herrn Tenbrock schon länger geplant habe. Im Laufe der Zeit seien alle Zweifel behoben worden und er sei dessen sicher, daß der neuzugründende Gau hier in Westmünsterland eine gute Heimstätte finden werde. Lebhafter Beifall dankte dem Redner, der auf Anfrage nochmals erschöpfende Auskunft über die Vorzüge des Deutschen Sängerbundes gab.

Auch Herr Beusker (Sängerbund Bocholt) legte in trefflichen Worten die Vorteile für die Neugründung dar. Zur Abwechslung sang dann der M. G. V. Sängerbund „Lacrimae Christi" von Schwartz, was von den Zuhörern mit vielem Applaus belohnt wurde.

**Bei der darauffolgenden Abstimmung erklärten sich sämtliche Anwesenden mit der Neugründung des Gaues einverstanden**, der den Namen

**„Gau Westmünsterland"**

erhält.

Bei der Wahl des provisorischen Vorstandes wurde Herr Oberpostsekretär Tenbrock (Bocholt) zum 1. Vorsitzenden gewählt. Um allen Vereinen gerecht zu werden, wurde ihm von jedem anwesenden Verein je ein Mitglied zur Seite gegeben. (Wir haben deren Namen bei der obigen Anwesenheitsliste an erster Stelle veröffentlicht.) Vom M. G. V. „Sängerbund" (Bocholt) trat Herr Beusker in den neuen Vorstand. Die Wahl des neuen Pressewartes fiel auf Herrn Staudt jun.

Als nächster Tagungsort wurde Borken vorgeschlagen.

Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, sang man gemeinsam den Westfälischen Sängergruß und „Wo gen Himmel Eichen rauschen". Brausend schallten die Verse durch den Saal — ein würdiger Abschluß des denkwürdigen Tages. Wuchtig klang die erste Strophe des Liedes, die da lautet:

Wo gen Himmel Eichen ragen,
Wälder voll von Sang und Duft,
Wo die klaren Quellen rauschen
In der Berge reiner Luft;
Wo Arnim und seine Helden
Einst gekämpft mit starker Hand,
Tönet hell der Sang der Treue,
Tönet hell der Sang der Treue.

# Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

b. **Bocholt**, 4. März.

Am Sonntag hielt auch die Ortsgruppe Bocholt wie alle anderen Ortsgruppen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge im „Bürgerkrug" eine sinnige Gedenkfeier zu Ehren der Gefallenen ab. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der bisherige 2. Vorsitzende, Herr Dr. Kaut, begrüßte die Erschienenen aufs herzlichste und sprach in kurzen Umrissen über Zweck und Ziele des Bundes. Alsdann erledigte der Geschäftsführer, Herr Studienrat Wermers, den geschäftlichen Teil, da mit der Gedenkfeier zugleich die Generalversammlung verbunden war. Die Kasse war seitens der Vorstandsmitglieder Ostberg und Büdding geprüft und für richtig befunden worden. Dem seit Bestehen der Ortsgruppe tätigen Kassenführer Theodor Wegener wurde für die überaus rührige Tätigkeit seitens des Herrn Studienrats Wermers namens der Ortsgruppe aufrichtig gedankt. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch dem demnächst scheidenden Herrn Dr. Kaut, der bislang als 2. Vorsitzender der Ortsgruppe mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat, innigster Dank ausgesprochen wurde. Zuletzt sprach der Herr Studienrat allen Mitgliedern und sonstigen Personen, die zum guten Gelingen der Straßensammlung anläßlich des Allerheiligentages beigetragen haben, wärmsten Dank aus. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Bankdirektor Stahm, 2. Vorsitzender Studienrat Wermers (zugleich Geschäftsführer), Kassenführer Theodor Wegener; weiter fungieren als Vorstandsmitglieder: Frau Tenbrock, Hermann Büdding, Rudolf Fischer, Hermann Haertl, Gottfried Kruchen, Siegfried Ostberg, Bernhard Schaffeld, Karl Bellwinkel, Religionslehrer Schürmann, Rektor Groothold und Philipp Waterkamp.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles ging man zur eigentlichen Gedenkfeier über. An Hand von Lichtbildern konnte man feststellen, wie es der Volksbund verstanden hat, Ehrenfriedhöfe in allen ehemaligen feindlichen Staaten in einen unsern gefallenen Söhnen würdigen Zustand zu bringen. Bemerkenswert ist, daß in Italien am besten seitens der Regierung für die Erhaltung der Friedhöfe gesorgt werde, während in Polen das Umgekehrte der Fall ist. Hierauf richtete Herr Dr. Kaut einige Schlußworte an die Anwesenden und forderte sie auf, weiterhin dem Volksbund treu zu bleiben. — Personen, die der Ortsgruppe beitreten wollen, können sich bei den oben erwähnten Vorstandsmitgliedern melden.

Ueber den deutschen Soldatengräbern im fremden Land
Streichet liebend eine pflegende Hand.
Sorgt alle, daß es die eure ist!
Daß keiner von euch die Toten vergißt!
Dem Volk, das noch opfert, trotz aller Not,
Erblüht einst der Freiheit Morgenrot!

### Vortrag im Deutschen Werkmeisterverband.

b. **Bocholt**, 4. März. Der Vortragsabend über das Thema „Die Angestelltenversicherung in der Praxis" brachte den Veranstaltern wiederum einen vollen Erfolg. Ueberaus zahlreich hatten sich die Mitglieder mit ihren Damen eingefunden; auch viele sonstigen Interessenten waren erschienen. Der Referent, Herr Honnacker aus Düsseldorf, meisterte seine gewiß nicht leichte Aufgabe mit großer Sachkenntnis. Handelte es sich doch darum, die Versammelten mit den vielseitigen Leistungen und Pflichten aus der Angestelltenversicherung vertraut zu machen. Auch legte der Redner die gegenwärtigen Erscheinungen im Wirtschaftsleben in verständlicher Weise dar, und unterließ es nicht, den notwendigen Ausbau der Angestelltenversicherung hervorzuheben und die Forderungen des Deutschen Werkmeisterverbandes hierzu zu betonen. Der Vortrag fand bei den Anwesenden sehr guten Anklang und dürfte manche Unklarheiten beseitigt haben.

### Stadtausschuß für Jugendpflege.

)!( **Bocholt**, 8. März. In diesen Tagen fand unter dem Vorsitz des Beigeordneten Dr. Kaut die vor kurzem angekündigte Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes des Stadtausschusses für Jugendpflege statt, in der die getroffenen Maßnahmen zur Betreuung der erwerbslosen Jugend den besonderen Gegenstand der Beratungen bildeten. Der Vorsitzende gab ferner eine Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten über die Ordnung für die Benutzung der Schulturnhallen bekannt, wonach Vereine, die die Turnhalle benutzen wollen, ihre Wünsche der Schuldeputation vor Beginn des neuen Schuljahres schriftlich mitzuteilen haben. Weiterhin gab die Versammlung dem Wunsche Ausdruck, daß angesichts der besonderen jugendpflegerischen Aufgaben zur Betreuung der erwerbslosen Jugend der Jugendpflegetitel im neuen Haushaltsplan nicht geschmälert werden möge, und bat deshalb den Vorsitzenden, den Dringlichkeitsbeschluß der Stadtverordneten nachdrücklichst unterbreiten zu wollen.

### Kath. Gesellenverein.

k. **Bocholt**, 4. März. Der Allgemeine Kursus findet am Donnerstag, dem 5. März, wieder, wie sonst, im Saal über der Wirtschaft statt.

= **Suderwick**, 4. März. **Hohes Alter.** Heute wird Herr Gerhard Heidemann von hier 83 Jahre alt. Er ist in Suderwick geboren und hat sein ganzes Leben in seinem Heimatort zugebracht. Möge dem alten Herrn, der körperlich und geistig noch verhältnismäßig rüstig ist, ein schöner Lebensabend beschieden sein.

(!) **Werth**, 2. März. **Gefallenenehrung.** Das deutsche Volk trauerte am 1. März um seine Söhne, die in Deutschlands schwerster Stunde ihr Leben für das Vaterland gaben. Es ist ein Tag einmütigen Gedenkens an alle, die der Weltkrieg als Opfer forderte. Auch der Krieger- und Schützenverein Werth hat es sich nicht nehmen lassen, der gefallenen Helden zu gedenken. Nach gemeinschaftlichem Kirchgang in der katholischen und evangelischen Kirche zog man vom Marktplatz aus unter Vorantritt der Bocholter Kriegerkapelle mit umflorten Fahnen zum Kriegerdenkmal, wo nach einem Trauerchoral die Herren Superintendent Evers und Pfarrer Heling der teuren heimgegangenen Kriegshelden gedachten. Die Gedenkfeier wurde durch Gesangsvorträge des evangelischen und katholischen Gesangchores umrahmt. Am Kriegerdenkmal ließen die Gemeinde Werth und der Kriegerverein Kränze niederlegen.

=e. **Rhede**, 3. März. **Exerzitienkursus für Jungfrauen.** Im hiesigen Gudulakloster wurde von Freitag bis Samstagabend ein besonderer Exerzitienkursus für die Mitglieder der hiesigen Jungfrauenkongregation abgehalten. 66 Jungfrauen nahmen an dem von Pater Ricken gehaltenen Kursus teil. Mit Erteilung des päpstlichen Segens und der sakramentalen Andacht, die durch mehrstimmigen Gesang der Schwestern feierlich gestaltet wurde, schloß der in jeder Beziehung gut verlaufene Exerzitienkursus. Da alle Anmeldungen nicht mehr berücksichtigt werden konnten, findet ein zweiter Exerzitienkursus unter den gleichen Bedingungen von Freitag, dem 8. Mai, abends 8 Uhr, bis Sonntag, dem 10. Mai, statt. Da auch für diesen Kursus bereits 31 Anmeldungen vorliegen, werden alle, die daran teilnehmen wollen, im eigenen Interesse gebeten, bald ihre Anmeldung vollziehen zu wollen.

=e. **Rhede**, 3. März. **„Um Ehre und Arbeit".** Dieses soziale Schauspiel in 4 Akten wurde am Sonntag bei völlig ausverkauftem Hause von der Theaterabteilung des Kath. Arbeitervereins aufgeführt. Alle Besucher folgten mit sichtlichem Interesse der Aufführung dieses Schauspieles, das die moderne Arbeitslosigkeit zum Gegenstand hat und viele packende Szenen aufweist. Auch die Darsteller der einzelnen Rollen hatten sich gut in den Sinn des Stückes hineingearbeitet. Gerade durch die ungezwungene natürliche Wiedergabe der einzelnen Rollen gewann die Aufführung außerordentlich. Da so mancher am Sonntag keinen Einlaß mehr erhalten konnte, findet am Donnerstag, abends 8 Uhr, die unwiderruflich letzte Vorführung statt. Erwerbslose, soweit sie den katholischen Vereinen angehören, können gegen Ausweis die Aufführung zum ermäßigten Preis von 20 Pfg. besuchen.

=g. **Rhede**, 4. März. **„Am sausenden Webstuhl".** Der in ganz Deutschland und in diesen Tagen auch in Bocholt mit großem Erfolg vorgeführte Film läuft am Samstagabend 7,30 Uhr in Rhede im Saale des Herrn Wilh. Hengstermann. Der von der Staatlichen Filmprüfungsstelle als Lehrfilm anerkannte Film wurde in allen größeren Städten des deutschen Vaterlandes von sämtlichen Bevölkerungsschichten mit großem Beifall aufgenommen. Auch die Pressekritiken lauten überall sehr günstig. Ein Besuch dieses Filmes kann der Rheder Bevölkerung nicht warm genug empfohlen werden, besonders da die Eintrittspreise sehr niedrig gehalten sind.

* **Altrhede**, 3. März. **Einbruchsdiebstahl.** Bei einem Landwirt an der Krechtinger Chaussee wurde kürzlich eingebrochen. Den Tätern fielen Hühner und Kaninchen als Beute in die Hände. Von den Tätern fehlt jede Spur.





**Kochen Sie MAGGI's Suppen**

**Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld**

Viele Sorten wie: Erbs, Reis m. Tomaten, Blumenkohl, Rumford, Spargel, Eier-Nudeln, Pilz usw.

# Festvorführung

## des Turnvereins Bocholt von 1867 e. V.

**am 15. März 1931**

**unter Mitwirkung der besten Kunstturnerriege Deutschlands**

---

Wilfried

Die Geburt eines kräftigen

Jungen

zeigen an (10920

Hermann Fischer
und Frau.

Bocholt, den 3. März 1931
z. Zt. St. Agnes-Hospital.

---

†

**Das Jahresseelenamt**
für die verstorbene

**Benhardine Nientimp**

findet statt am Donnerstag, dem 5. März, morgens 8 Uhr, in der Liebfrauenkirche, wozu frdl. eingeladen wird. 1085e

---

Für die uns aus Anlaß des Hinscheidens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Schwiegervaters erwiesene herzliche Teilnahme spreche ich hiermit im Namen der Angehörigen meinen [1084e

**innigsten Dank**

aus.

**Frau Johannes Kraft,**
Therese geb. Hengefeld.

Bocholt, im März 1931.

---

**Du** schläfst schlecht?
bist nervös?
bist mürrisch?

Nimm Dr. Hübeners **Luponen,** das von vielen Verzweifelten verwendete Kräuterprodukt, ohne schädlichen Einfluß auf Dein Herz und andere Organe.

**Dein gesunder Schlaf kommt sofort wieder!** 1083ß

Schachtel mit 40 Stück 2.50
Probeschachtel „ 20 „ 1.50

Drogerie Bruns, Nordstr. 22 Ruf 2745

---

## Den Wäwedamp

**Niederdeutsches Volksspiel in 5 Akten von Johannes Ostendorf.**

Aufführung am **Freitag,** dem 6. März im großen Saal des **Schützenhauses.**

Beginn pünktlich 8 Uhr abends.

**1. Platz 2,00 Mk. 2. Platz 1,00 Mk.**

Eröffnung des Vorverkaufs Dienstag, 12 Uhr, in der Buchhandlung Joh. Valk, Nobelstr. [1065e

---

## Tanzkursus.

**Montag, den 9. März, abends 8 Uhr** beginnt im kath. **Gesellenhaus** ein

## neuer Kursus.

Gefl. Anmeldungen werden daselbst entgegengenommen. [1090e

**W. Roßmeyer.**

---

## Bocholter Stadtverband für Leibesübungen.

**Samstag, den 7. März, abends 8 Uhr,** im Verbandslokal Theo Opperbeck

## Haupt-Jahresversammlung.

Die Tagesordnung ist schon unter Turnen und Sport bekanntgegeben.

1048) **Der Vorstand.**

---

## Bekanntmachung

Die Mitglieder der Genossenschaft zur Regulierung der Bocholter Aa von Krechting bis zum Eisenbahndamm der Strecke Wesel — Winterswijk in Bocholt werden zu einer

## Generalversammlung

**auf Dienstag, den 24. März 1931, vormittags 10 Uhr,**
im Hotel Bürgerkrug in Bocholt eingeladen.

Tagesordnung:

1. Neuwahl des Genossenschaftsvorstandes.
2. Verschiedenes. (1046

Rhede, den 28. Februar 1931.

**Der Genossenschaftsvorstand:**
gez. Dörner, Bürgermeister.

---

***frühjahr 1931!***

*anfertigung in höchster vollendung!*

*neue modelle in größter auswahl zu noch nie dagewesenen billigen Preisen.*

***fachmännische bedienung***
***nur qualitätsware,***

*wodurch ihr kauf immer richtig.* 1038ß

*niederbruchstraße 21*
*telefon 2459*

*modesalon bella cohen*

*da fast keine spesen, die denkbar billigsten preise.*

---

Zahnbehandlung
mit Hochfrequenz

Meine Arbeiten auf diesem Gebiete sind ein bedeutender Erfolg.

Weniger Schmerzen
schnellere Heilung
u. Kostenersparnis

zeichnen diese Neuerung aus.

Behandlung aller Kassenmitglieder mit Ausnahme Pflichtversicherter

**O. RÖDING**
staatl. geprüfter Dentist
BOCHOLT
Langenbergstr. 21

1032ß

---

**Uhren**
repariert gut und billig
**Uhrmachermeister Ganten**
Ravardistr. 16. Fernruf 2473

1079ß

---

**Verkauf.**

**1 Geldschrank** (1türig Velte), **Werkzeugbank mit Schraubstock, Werkzeugschränke, 2 Handkarren, Leiterwagen und sonstige Geräte.** 1089ß

Zu besichtigen Mittwoch und Donnerstag.

**Nobelstraße 38,**

---

Junge intelligente

**Herren**

in guter Garderobe, mit guten Umgangsformen und sicherem Auftreten, für leichte angenehme Reisetätigkeit nach auswärts gesucht. [20308e

Geboten werden höchste Provisionssätze bei täglicher Auszahlung und freie Fahrt.

Zu melden Donnerstag zwischen 1 bis 3 und 5 bis 8 Uhr, im **Restaur. Knoop,** Osterstraße.

---

**Homöopathie ∴ Naturheilverfahren**
Behandlung innerer und äußerer Krankheiten.
Langjährige Praxis.

**J. H. Ahland**
**Bocholt, Realschulstr. 5.** [536e

**Sprechzeit: Jeden Freitag von 9—7 Uhr**
Die Hausbesuche wolle man bitte vormittags mündlich oder schriftlich anmelden.

---

Im Hause **Markt 6** sind die an der Nordstr. gelegenen, bisher vom Friseur Herrn Friedrichs benutzte [1055g

**Räume**

**zu vermieten,** passend für kleinere Ladengeschäfte oder Büroräume.

Näheres zu erfahren **Industriestr. 1.**

---

Empfehle mich zum

**Anfertigen**

von **Herren-, Damen- und Kinderwäsche.** [319b

**Luise Büning,**
Hagestraße 21.

---

**Ortsvertreter**

der befähigt ist, bess. Kreise aufzusuchen, sofort gesucht. Gutes Auftreten Bedingung

Offerten erbeten unter Nr. 329 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

---

**Gardinenhaus Meier** veranstaltet

# 14 billige Hausputztage!

Alle Hausfrauen müssen diese seltene Gelegenheit zum bevorstehenden Hausputz gerade jetzt wahrnehmen
Unsere Schaufenster zeigen Ihnen die neuesten

## Gardinen - Teppiche - Dekorationen

zu Preisen, die man als spottbillig bezeichnen kann.

**Der Verkauf beginnt Mittwoch**

Hier führe ich nur einige Beispiele auf:

Ein großer Posten
**Faltenstores**
moderne Gitterstoffe, reich mit breiten Einsätzen u. lg. schwer. Seidendrilier-Franse garn., bis 225 cm Höhe
Meter 2.25 **1.25**

**Unglaublich billig!**
Ein großer Posten
**Flammenripse**
herrliche Farben und Muster, Indanthren
Meter **95** ₰

Ein großer Posten
**Dekorationsstoffe**
moderne Jaquard- und Noppenrips-Qualitäten, herrliche Farben und Zeichnungen, Indanthren, 130 cm
Meter 2.75 **1.95**

Ein großer Posten
**Voll-Voile**
die besten Qualitäten, herrliche Farben und moderne Zeichnungen, Indanthren, ca. 115 cm
Meter 2.25 **1.25**

**Eine Sensation!**
Ein großer Posten
**Gitterstoffe Markisette**
150 cm breit
Meter **95** ₰

Ein großer Posten
**Schwedenstreifen**
hell und dunkel gemustert, herrliche Farbstellungen, pr. Qualitäten, Indanthren ca. 80—130 cm
Meter 1.25 **75** ₰

Ein großer Posten
**Faltenstores**
nur allerneueste Handarbeiten auf Voile, Gitterstoff und Markisette, bis zu 230 cm hoch
Meter 6.50 **4.50**

**Im Preis ermäßigt!**
**Stragula**
der billige Fußbodenbelag in neuen Mustern 200 cm breit
Meter **3.80**

Ein großer Posten
**Spannstoffe**
durchweg hochwertige Qualitäten, ganz moderne Muster, 130—160 cm breit
Meter 1.95 **1.25**

1077 ß

## Jakob Meier

SPEZIALHAUS FÜR TEPPICHE, GARDINEN UND INNENDEKORATION BOCHOLT

**Diepenbrockhaus, Osterstraße 8**